

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.05.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

4. Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 269/2021

Frau Shirley nimmt Bezug auf das in § 11 Absatz 1 festgelegte Fütterungsverbot für Wildtiere. Zielführend wäre hier, dieses auch für öffentliche Anlagen, wie Grünanlagen, Spielplätze etc. auszusprechen.

Herr Bertelmann sieht den Katalog als richtungsweisend, aber noch nicht weitgehend genug an. Im Fachausschuss wurden die Probleme der Vermüllung und Abfallbeseitigung besprochen, wozu er weiteren Handlungsbedarf sieht. In der Bürgerschaft werde zudem die Verunreinigung durch Hundekot zunehmend beklagt. Auch dazu müssten Lösungen erarbeitet werden.

Herr Weber begrüßt die Fortschreibung der Ordnungsbehördlichen Verordnung als Schritt in die richtige Richtung. Wichtig ist für ihn, wie die Überwachung umgesetzt werden kann. Der Einsatz von Mülldetektiven, wie von seinem Vorredner angesprochen, ist ein eigenes Thema.

Herr Fries wird den Ergänzungsvorschlag aufgreifen, da nachvollziehbar. Müll- und Abfallvermeidung stellen ein eigenes Thema, parallel zum ordnungsbehördlichen Vorgehen, dar. Der Arbeitskreis wird sich in Kürze damit befassen.

Für Herrn Wittenburg ist die Information der Öffentlichkeit ein zentrales und wichtiges Thema. Die Einträge auf Facebook haben seines Erachtens gezeigt, dass die Regelungen und die Hintergründe teilweise nicht nachvollzogen werden konnten.

Bürgermeister Mues sieht auf den ersten Blick keinen Grund, den heutigen Ergänzungsvorschlag bereits aufzunehmen. Falls es rechtliche Bedenken geben sollte, kann darauf vor dem Ratsbeschluss reagiert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Universitätsstadt Siegen zum 01.06.2021 unter Berücksichtigung nachstehender Änderungen:

Der ergänzt formulierte § 11 Absatz 1 lautet wie folgt:

Wildlebende Tiere (z.B. Katzen, Tauben etc.) dürfen auf öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen und in öffentlichen Anlagen grundsätzlich nicht gefüttert werden.

Der ergänzt formulierte § 12 Absatz 2 lautet wie folgt:

„(2) Das gleiche gilt für Flugmodelle und Drohnen, soweit sie nicht unter das Luftverkehrsgesetz in der jeweils gültigen Fassung fallen oder es sich dabei nicht um Spielzeug im Sinne der jeweils gültigen europäischen Richtlinie handelt.“

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

2. HFA 12.05.2021
